



AUSGABE 86
November 2010

ANALYSEN & ARGUMENTE

Die Selbstvergewisserung der NATO: Das neue Strategische Konzept

Patrick Keller

Auf ihrem Gipfeltreffen in Lissabon am 19. und 20. November haben sich die Staats- und Regierungschefs der 28 NATO-Staaten auf ein neues Strategisches Konzept für das Bündnis geeinigt. Das Dokument mit dem Titel *Active Engagement, Modern Defence* soll den politischen und strategischen Konsens der Allianz abbilden und zugleich stärken. Darüber hinaus soll es mit Blick auf die zukünftigen Aufgaben der NATO Orientierung verschaffen. Es ist das erste seiner Art seit 1999 und damit das erste Grundsatzdokument der NATO, das die Erfahrungen mit der veränderten internationalen Sicherheitslage seit dem 11. September 2001, den Kriegen in Afghanistan und Irak sowie der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise reflektiert. Diese Analyse stellt die wichtigsten Elemente des Strategischen Konzeptes vor und bewertet ihre politische Bedeutung.

Ansprechpartner

Dr. Patrick Keller
Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung
Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 10
E-Mail: patrick.keller@kas.de

Postanschrift

Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

www.kas.de

publikationen@kas.de

ISBN 978-3-942775-01-4



Konrad
Adenauer
Stiftung



INHALT

3 | I. PROZESS

3 | II. KERNTHEMEN

1. <i>Bedrohungsanalyse</i>	3
2. <i>Artikel V</i>	4
3. <i>Nuklearstrategie</i>	4
4. <i>Raketenabwehr</i>	5
5. <i>Russland</i>	5
6. <i>Erweiterung</i>	6
7. <i>Partnerschaften</i>	6

6 | III. SCHLUSSFOLGERUNGEN



I. PROZESS

Das neue Strategische Konzept kam auf ungewöhnliche Weise zustande. Bei den Konzepten der Jahre 1991 und 1999 wurde das Papier innerhalb der NATO-Bürokratie entworfen bzw. in zähen Beratungen unter den Vertretern der Mitgliedstaaten im NATO-Rat ausgehandelt. Zur Zeit des Kalten Krieges war dies erst recht so, da wurden nicht einmal die Ergebnisse publiziert. Diesmal wurde, auf Drängen des NATO-Generalsekretärs Anders Fogh Rasmussen, der Prozess wesentlich transparenter und öffentlicher gestaltet.

In einer ersten Phase (*reflection phase*) von September 2009 bis März 2010 fanden sechs Konferenzen in verschiedenen Bündnisstaaten statt. Eine zwölfköpfige Expertengruppe unter Führung der ehemaligen US-Außenministerin Madeleine Albright nutzte diese Veranstaltungen, um mit einem breiten Spektrum von Akteuren – Offizielle, Wissenschaftler, Journalisten – über die neue strategische Ausrichtung der NATO zu diskutieren. In der zweiten Phase (*consultation phase*) beriet die Albright-Gruppe mit den Entscheidungsträgern in den Hauptstädten der NATO-Staaten über ihre vorläufigen Ergebnisse. Im Mai veröffentlichte die Expertengruppe ihren Bericht und gab ihre Empfehlungen an den NATO-Generalsekretär. Gemeinsam mit seinem engsten Stab entwickelte Rasmussen daraus die erste Fassung des Strategischen Konzepts, die Ende September den Regierungen der Mitgliedstaaten zugeleitet wurde (*drafting and final negotiation phase*). Auf Grundlage der dritten Fassung begann bereits knapp sechs Wochen später der Gipfel, auf dem das neue Dokument finalisiert wurde.

Dieser gesamte Prozess wurde von viel Skepsis begleitet. Die meisten Beobachter hielten die ersten beiden Phasen für ein zeitraubendes PR-Spektakel und bezweifelten, dass Rasmussen einen tragfähigen Entwurf produzieren könnte. Es stand zu befürchten, dass die Mitgliedstaaten in der letzten Verhandlungsphase so intensiv Einfluss auf den Text nehmen würden, dass in der Kürze der Zeit nur ein sehr unverbindliches Dokument entstehen könne.

Im Ergebnis hat der ehemalige dänische Regierungschef jedoch gezeigt, dass er auch als NATO-Generalsekretär mehr General als Sekretär ist. Zumindest alle selbstgestellten formalen Ziele hat er erreicht: Das neue Konzept ist pünktlich zustande gekommen; es ist ein kurzes Papier von elf Seiten; es ist in zugänglicher, klarer Sprache verfasst; es ist ein politisches Papier, ohne militärtechnische Details oder aufgeblasene Sonderwünsche Einzelner; und es ist über eine breite, weitgehend öffentliche Debatte zustande gekommen. Die wichtigste Aufgabe des Papiers war es, den brüchigen politischen Konsens im Bündnis wiederherzustellen. Dazu hat auch das transparente und inklusive Verfahren beigetragen. So sahen sich zum Beispiel bereits in der *reflection phase*

fast alle Mitgliedstaaten – und zahlreiche Partnerstaaten der NATO – gedrängt, sogenannte Non-Paper zu verfassen, welche die Prioritäten der jeweiligen Staaten mit Blick auf die laufende Debatte skizzierten. Diese Non-Paper haben nicht nur die Strategiefindung im Bündnis erheblich erleichtert, sondern auch die einzelnen Administrationen frühzeitig zur intensiven Beschäftigung mit der zukünftigen NATO-Strategie gebracht.

Ob ein solch aufwendiger und offener Prozess auch in Zukunft der richtige Weg für die NATO ist, bleibt jedoch abzuwarten. Zuviel scheint von der Bereitschaft der Mitgliedstaaten, erst spät in die konkrete Textarbeit einbezogen zu werden, und der Persönlichkeit des Generalsekretärs abzuhängen.

II. KERNTHEMEN

1. Bedrohungsanalyse

Die Mitglieder des Bündnisses sehen ihre Sicherheit auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlicher Intensität bedroht. Während beispielsweise osteuropäische Mitgliedstaaten vor allem russischen Revisionismus fürchten, sehen Staaten wie Spanien und Italien Instabilität im Mittelmeerraum als besonderes Sicherheitsrisiko. Die USA und Großbritannien wiederum betrachten den internationalen Terrorismus – insbesondere in Verbindung mit der Proliferation von Massenvernichtungswaffen – als vordringlichste Bedrohung des Westens. Diese unterschiedlichen Perzeptionen sind natürlicher Bestandteil eines Bündnisses von inzwischen 28 Mitgliedern. Sie sind unvermeidlicher Ausdruck eines Zeitalters, das nicht von einer Konfrontation militärischer Blöcke, sondern einer Diffusion der Bedrohungen gekennzeichnet ist.

Dem Strategischen Konzept gelingt es, dieser Wirklichkeit gerecht zu werden und zugleich eine Priorisierung der Bedrohungen vorzunehmen. Damit wird die Einheitlichkeit des euroatlantischen Sicherheitsraumes bekräftigt. Der ausdrückliche Verweis auf Artikel IV des NATO-Vertrags stärkt zudem den politischen Charakter der Allianz, der es allen Mitgliedern ermöglicht, ihre sicherheitspolitischen Erwägungen und Sorgen im gesamten Bündnis zu erörtern und gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Der Abschnitt zur Analyse der sicherheitspolitischen Lage benennt im Wesentlichen neun maßgebliche Bedrohungen. Er eröffnet mit der Feststellung, dass die Gefahr eines *konventionellen Angriffs* auf das NATO-Territorium gering ist. Dennoch sei diese Bedrohung nicht zu vernachlässigen, zumal im globalen Rahmen eher Aufrüstung als Abrüstung das Bild bestimmen und die Verbreitung von *ballistischen Raketen* eine „reale und zunehmende Bedrohung“ für die



NATO-Staaten bedeutet. In diesem Zusammenhang bereitet die *Verbreitung von nuklearen und anderen Massenvernichtungswaffen* Sorge. Das gilt insbesondere in Verbindung mit dem *internationalen Terrorismus* und der Instabilität, die von *scheiternden/gescheiterten Staaten* ausgeht. Ferner erlangen *Cyber-Angriffe* und die *Störung der Energieversorgung* immer größere Bedeutung, weil sie mehr denn je die Sicherheit, den Wohlstand und die Funktionstüchtigkeit westlicher Gesellschaften beeinträchtigen können. Abschließend nennt das Konzept noch neue Sicherheitsrisiken wie die Entwicklung von Laserwaffen und andere *unabsehbare technologische Trends* sowie die Auswirkungen des *Klimawandels*.

2. Artikel V

Vor dem Hintergrund des schwierigen und langwierigen Einsatzes der NATO in Afghanistan wurde die Interpretation des Schlüsselartikels des Washingtoner Vertrags, wonach ein Angriff gegen einen Bündnispartner als Angriff gegen alle zu verstehen ist, zum zentralen Punkt der Debatte um die zukünftige Ausrichtung der Allianz. Wie genau definiert man einen „Angriff“, insbesondere angesichts neuer Herausforderungen wie Cyber- und Energiesicherheit? Ist Verteidigung rein reaktiv oder auch präventiv zu verstehen? Zieht sich die NATO auf eine enge Auslegung zurück und betrachtet die Verteidigung des Bündnisgebietes gegen klassische staatliche Aggression als ihre wesentliche Aufgabe? Oder ist in Zeiten der Globalisierung der Bedrohungen eine weite Auslegung von Sicherheit erforderlich, die auch militärische Interventionen außerhalb des Bündnisgebietes eher zur Regel als zur Ausnahme macht?

Das Konzept vermeidet eine klare Gegenüberstellung dieser Alternativen und damit auch eine eindeutige Festlegung. Implizit bestätigt das Dokument jedoch die Sowohl-Als-Auch-NATO, die einerseits – auch unter dem Eindruck finanzieller Zwänge – das „Kerngeschäft“ betont, andererseits aber keinen Zweifel aufkommen lässt, dass moderne Verteidigung auf Einsatz- und Verlegbarkeit ausgerichtet sein muss.

So können sich die Advokaten einer Beschränkung der NATO auf Aufgaben klassischer Landesverteidigung einige Erfolge auf die Fahnen schreiben: Dass konventionelle militärische Konflikte, insbesondere mittels ballistischer Raketen, als erste Bedrohung genannt werden, spricht eine deutliche Sprache. Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und die Stabilisierung fragiler Staaten stehen dahinter zurück. Das Wort „Afghanistan“ fällt im gesamten Konzept nur einmal, und dass auch nur im Zusammenhang mit dem Westlichen Balkan und den Lehren für den Ansatz der Vernetzten Sicherheit (*comprehensive approach*). Der ISAF-Einsatz wird nicht als Blaupause für die Zukunft beschrieben.

Und auf neue Herausforderungen wie Cyber-Angriffe und Energiesicherheit soll zwar durch einen Ausbau der diesbezüglichen Schutzfähigkeiten reagiert werden, aber das Konzept bringt sie nicht – wie zum Beispiel 2006 noch vom einflussreichen amerikanischen Senator Richard Lugar gefordert – in direkte Verbindung mit Artikel V.

Andererseits gibt es ein eigenes Kapitel zum Krisenmanagement, das mit zwei eindeutigen Sätzen beginnt: „Crises and conflicts beyond NATO's borders can pose a direct threat to the security of Alliance territory and populations. NATO will therefore engage, where possible and when necessary, to prevent crises, manage crises, stabilize post-conflict situations and support reconstruction.“ Wenn es dem Sicherheitsinteresse der Mitgliedstaaten dient (wie in Afghanistan), bleibt die NATO auch in Zukunft zu militärischen Kriseninterventionen und *State-building*-Missionen bereit. Solche Einsätze stehen in der militärischen Planung gleichberechtigt neben Aufgaben der klassischen Landesverteidigung: „We will ... develop and maintain robust, mobile and deployable conventional forces to carry out both our Article 5 responsibilities and the Alliance's expeditionary operations.“ Dazu passt auch der Fokus auf eine Verbesserung der zivil-militärischen Zusammenarbeit. Sogar die umstrittene eigene Einheit zum zivilen Krisenmanagement soll die NATO erhalten, wenn zunächst auch nur in „bescheidenem“ Umfang. Im Ergebnis heißt das: Die NATO bleibt ein regionales Bündnis mit einem globalen Horizont. Militärische und politische Strategie müssen sich sowohl auf klassische Landesverteidigung als auch Stabilisierungsmissionen jenseits der Bündnisgrenzen ausrichten.

3. Nuklearstrategie

Angesichts neuer Bedrohungen wie Terrorismus und Cyber-Angriffen wurde die Rolle der Nuklearwaffen der NATO in den letzten Jahren zunehmend unklar. Die zentralen Fragen der Nuklearstrategie – wen will man womit wie wovon abschrecken? – sind heute weniger eindeutig zu beantworten als noch vor zwanzig Jahren. Seit sich der amerikanische Präsident Barack Obama im April 2009 die Vision einer atomwaffenfreien Welt (*Global Zero*) zu Eigen gemacht hat, steht die Nuklearstrategie der NATO unter zusätzlichem Druck. Jetzt genügt es nicht mehr, mit den Russen über weitgehende Abrüstungsschritte zu verhandeln – das Ziel muss die totale Entwaffnung sein. Im Zuge dieser Entwicklung ist auch die nukleare Teilhabe ins Wanken geraten. So haben die deutschen Regierungsparteien in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten, dass sie sich in Absprache mit den NATO-Partnern für einen Abzug der in Deutschland stationierten Atomwaffen einsetzen wollen. Insbesondere Außenminister Guido Westerwelle hat sich für diesen Abrüstungsschritt stark gemacht.



Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, wie eindeutig sich das neue Strategische Konzept für den nuklearen Status quo ausspricht. Zwar erklärt die NATO ihre Absicht, daran mitzuwirken, die Bedingungen für eine Welt ohne Atomwaffen zu schaffen. Aber sie koppelt dies nicht an die Vision von *Global Zero*, sondern „nur“ an den Atomwaffensperrvertrag, der dieses (Fern-)Ziel schon 1970 artikuliert. Zudem sieht die NATO zunächst Russland in der Pflicht, die Voraussetzungen für weitere Abrüstung zu schaffen, zum Beispiel durch größere Transparenz hinsichtlich der eigenen Bestände. Darüber hinaus bleibt der Grundsatz eindeutig, dass es keine einseitige Entwaffnung der NATO geben wird: „[A]s long as there are nuclear weapons in the world, NATO will remain a nuclear Alliance.“

Auch die nukleare Teilhabe wird gestärkt: „We will ensure the broadest possible participation of Allies in collective defence planning on nuclear roles, in peacetime basing of nuclear forces, and in command, control and consultation arrangements.“ Dazu passt auch, dass die französische Position deutliche Berücksichtigung fand: Die französischen (und britischen) Nuklearwaffen werden explizit erwähnt, und ihnen wird eine eigenständige Rolle in der Abschreckungsstrategie zugestanden. Auch bleiben Nukleare Abschreckung und passive Raketenabwehr – wie stets seitens Frankreichs argumentiert – zwei verschiedene Dinge. Die Verknüpfung der Raketenabwehr mit nuklearen Abrüstungsschritten, wie vom deutschen Außenminister gefordert, findet sich nicht im Dokument.

Allerdings spezifiziert das Strategische Konzept nicht, wie die „angemessene Mischung“ aus konventionellen und nuklearen Fähigkeiten in Zukunft aussehen soll. Die grundsätzliche Notwendigkeit der Nuklearwaffen wird auch in diesem Dokument eher behauptet als begründet, konkrete politisch-strategische Zusammenhänge werden jedenfalls nicht erklärt. Insgesamt ist die Fortsetzung dieser strategischen Ambiguität jedoch ein besonders bemerkenswertes Ergebnis des neuen Strategischen Konzepts. Schließlich gleicht die Debatte über die atomare Entwaffnung bislang einem Selbstgespräch des Westens – die weltweite Entwicklung führt in die entgegengesetzte Richtung. Die NATO ist daher gut beraten, ihre eigenen Fähigkeiten nicht vorschnell zu entwerfen.

4. Raketenabwehr

Schon im Strategischen Konzept von 1991 findet sich der Hinweis, dass die Allianz ein System zur Abwehr ballistischer Raketen – insbesondere aus dem Nahen und Mittleren Osten – gut gebrauchen könnte. Nun soll es endlich entstehen: „We will develop the capability to defend our populations and territories against ballistic missile attack as a core element of our collective defence, which contributes to the

indivisible security of the Alliance.“ Also keine bilateralen Absprachen mehr, sondern ein bündnisweites System, das zudem in „aktiver Kooperation“ mit Russland entstehen soll.

Unklar bleiben die technischen und strategischen Details eines solchen Systems. Aus öffentlichen Reden Rasmussens geht hervor, dass zunächst an eine Verknüpfung bestehender nationaler Raketenabwehrsysteme gedacht ist, die eigentlich dem Schutz im Einsatz befindlicher Truppen dienen. Das erklärt auch die erstaunlich geringen Kosten von weniger als 200 Millionen Euro über zehn Jahre, die Rasmussen für das System veranschlagt. Bedenkt man jedoch, dass viele der nationalen Kapazitäten noch geschaffen bzw. ausgebaut werden müssen und bislang auch nur in Ansätzen den Schutz bieten, den man sich von einem wirksamen Raketenabwehrschild erwartet, werden die Gesamtkosten sehr viel höher sein.

Auch die Frage, wie das Kommando über solch ein System strukturiert werden soll, bleibt offen. Die Türkei hat bis zuletzt darauf gedrängt, das nationale Kommando über den auf ihrem Territorium zu stationierenden Teil des Systems zu erhalten und ihn nicht in die Bündnisstruktur einzugliedern. Eindeutig durchgesetzt hat sich die Türkei bereits damit, dass der Iran und seine Raketen- und Nuklearprogramme im Strategischen Konzept nicht explizit als konkreter Anlass für die Errichtung des Systems genannt werden.

5. Russland

Russland ist ein schwieriger Partner. Seine machtbewusste Instrumentalisierung der Energiepolitik lehrt abhängige Staaten das Fürchten. Seine Nachbarschaftspolitik erzeugt spätestens seit dem Georgien-Krieg 2008 und der nachfolgenden Besetzung Südossetiens und Abchasiens Argwohn. Und die innere Entwicklung des Landes genügt demokratischen und rechtsstaatlichen Ansprüchen oft nicht. Zugleich kann allerdings nur eine enge Anbindung Russlands an den Westen zu europäischer Stabilität und Fortschritt führen, zumal Russland als gewichtiger Partner bei der Lösung zahlreicher internationaler Probleme unverzichtbar ist.

Das neue Strategische Konzept bezieht eindeutig Stellung zugunsten der kooperativen Einbindung Russlands: „NATO-Russia cooperation is of strategic importance as it contributes to creating a common space of peace, stability and security. NATO poses no threat to Russia. On the contrary: we want to see a true strategic partnership between NATO and Russia, and we will act accordingly, with the expectation of reciprocity from Russia.“ Auch die nachgestellte Erwartungshaltung ändert nichts an der grundsätzlichen Stoßrichtung, zumal die genannten Konflikte mit Russland im Dokument selbst verschwiegen werden.



Stattdessen werden die intensivere Nutzung des NATO-Russland-Rates beschworen und konkrete Felder der Zusammenarbeit benannt. Neben der Raketenabwehr (die aufgrund der einseitigen Interessenlage vielleicht nicht das beste Beispiel ist) ist dies unter anderem die gemeinsame Bekämpfung von Terrorismus, Drogenschmuggel und Piraterie. In der Tat sind sowohl die NATO als auch Russland gut beraten, in den Bereichen, wo gemeinsame Interessen bestehen, eng zusammenzurücken. Vielleicht entsteht aus diesen positiven Erfahrungen dann auch das wechselseitige Vertrauen, das für die Lösung der heikleren strategischen Fragen, die einer echten Partnerschaft immer noch im Wege stehen, entscheidend ist. Bis dahin bleibt die als „historisch“ gefeierte Teilnahme des russischen Präsidenten Dmitri Medwedew am Gipfel in Lissabon – so begrüßenswert sie auch sein mag – lediglich Symbolpolitik.

6. Erweiterung

Die Erweiterung der NATO ist kein vordringliches Thema mehr. Beim Gipfel in Straßburg und Kehl 2009 wurden noch Kroatien und Albanien aufgenommen. Der Gipfel in Bukarest 2008 erklärte, dass sowohl die Ukraine als auch Georgien Mitglieder des Bündnisses werden würden (allerdings ohne Angabe eines Zeitpunktes). Dieser Eifer ist verfliegen, was angesichts der Entwicklungen insbesondere in der Ukraine und Georgien verständlich ist. Beiden Ländern wird im Strategischen Konzept nur noch die weitere Entwicklung der Partnerschaft im Rahmen der bilateralen NATO-Kommissionen zugesagt. Aber auch andere oft diskutierte Erweiterungsschritte – zum Beispiel auf dem Balkan oder im Norden Europas – spielen im neuen Dokument keine Rolle, auch wenn die grundsätzliche Offenheit der NATO für alle europäischen Demokratien unterstrichen wird.

7. Partnerschaften

Dass den Partnerschaften der NATO im Strategischen Konzept ein langer Abschnitt gewidmet ist, überrascht ebenso wenig wie das, was dort geschrieben steht. Unter den Bedingungen der Globalisierung braucht die NATO Partner – Staaten ebenso wie Institutionen –, um die Sicherheit des euroatlantischen Raums effizient zu gewährleisten. Zu diesem Zweck wird einmal mehr die Verbesserung der Kooperation mit den Vereinten Nationen und der Europäischen Union angestrebt, und auch die bestehenden Partnerschaftsprogramme wie die *Partnership for Peace*, der *Mediterranean Dialogue* und die *Istanbul Cooperation Initiative* finden Erwähnung.

Grundsätzlich erklärt sich die NATO zur Zusammenarbeit mit allen Staaten bereit, die ein Interesse an friedlichen internationalen Beziehungen haben. Es ist auffällig, dass in diesem Zusammenhang nicht stärker von Demokratie und

gemeinsamen Werten die Rede ist. Die NATO signalisiert ihre friedfertige Gesprächsbereitschaft also auch gegenüber China und anderen schwierigen Partnern in Nahost und anderswo.

III. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Das neue Strategische Konzept der NATO festigt den Konsens im Bündnis und gibt die Richtung für die kommende Jahre vor. Es macht deutlich, dass die NATO mehr ist als „nur“ der Einsatz in Afghanistan, und wird der Vielfalt der Bedrohungen für die Sicherheit, den Wohlstand und den Lebensstil des Westens gerecht. Dabei tritt die NATO weniger kraftstrotzend und mit gedämpfter Rhetorik auf. Nicht nur wird die Erweiterung des Bündnisses hintangestellt, sondern auch die Idee einer weltweit agierenden NATO als Allianz der Demokratien zum Schutz der liberalisierenden und wachstumsfördernden Globalisierung wird nicht offensiv vertreten. Insgesamt ist das Papier kaum ideologisch; demokratische Partner außerhalb des atlantischen Raumes wie Australien, Japan und Südkorea werden ebenso wenig namentlich genannt wie die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus.

In der Substanz bleibt der Grundkonsens allerdings deutlich erkennbar – die NATO hat sich ihrer selbst mit diesem Strategischen Konzept und der ihm vorausgehenden Debatte vergewissert. Die Allianz wird als politisches, militärisches und wertegebundenes Bündnis definiert. Die Aufgabenvielfalt der NATO wird nicht geschmälert, die militärische Planung vor allem auf Einsatz- und Verlegbarkeit fokussiert. Neue Herausforderungen wie Cyberangriffe und Energiesicherheit werden angegangen, aber nicht zur neuen *raison d'être* stilisiert.

Im Einzelnen ist das Konzept oft skizzenhaft und unspezifisch, aber das liegt in der Natur eines solchen Grundsatzdokumentes und der Schwierigkeit, 28 Staaten auf eine Formulierung zu vereinen. Niemand konnte ernsthaft von einem solchen Papier erwarten, dass es alle strategischen Fragen und politischen Konflikte innerhalb der NATO im Handstreich und umfassend löst. Aber es gibt die Richtung vor, in der nun innerhalb der Mitgliedstaaten und innerhalb des gesamten Bündnisses weitergearbeitet werden muss. Die Fragen stehen deutlicher vor Augen denn je: Wie soll das Verhältnis zu Russland konkret ausgestaltet werden? Wie genau kann das neue Raketenabwehrsystem möglichst effizient und kostengünstig geschaffen werden? Wie kann bündnisweite Cybersicherheit bewerkstelligt werden? Welche Krisen und Entwicklungen außerhalb des Bündnisgebietes bedrohen die Sicherheit des Westens, und wie soll ihnen begegnet werden?



Das sind die unmittelbaren Zukunftsfragen des 21. Jahrhunderts. Mit dem neuen Strategischen Konzept erweist sich die NATO als lebendiges Bündnis auf der Höhe der Zeit und zeigt einmal mehr, dass sie für die Sicherheit Europas unverzichtbar bleibt.